

# Reichsbahn und Tributlast.

## Der Reichsverkehrsminister über die Zukunft der Reichsbahn. Heraus aus der internationalen Umklammerung!

Berlin, 3. Juni. Bei der heutigen Beratung des Staats des Reichsverkehrsministeriums im Haushaltsausschuß des Reichstags ergriff zum Schluß der Aussprache Reichsverkehrsminister Stegerwald das Wort, um Auskunft über verschiedene Fragen zu erteilen. Der Minister wies darauf hin, daß die künftige Stellung der Reichsbahn sich in den nächsten Tagen entscheiden werde. Die Reichsbahn müsse aus der internationalen Umklammerung heraus und darüber hinaus weitere Erleichterungen erfahren. Ohne die Hoffnung auf diesen Zustand würde er das Amt des Verkehrsministers nicht übernommen haben. Die gegenwärtigen Belastungen der Reichsbahn für politische Zwecke berechnete der Minister auf 1100 Millionen. Für die Zukunft schwankten sie zwischen 645 und 600 Millionen. Man müsse sich allseitig klar werden, daß die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik durch die Pariser Vereinbarungen sich vor eine große Neuorientierung gestellt sehe. Für viele Jahrzehnte würden wir jährlich zwei Milliarden an die Siegerstaaten abführen müssen. In dieser Gesamtlage gewinne die Verkehrspolitik steigende Bedeutung. Die Reichsbahn rechne im laufenden Jahre mit einer Einnahme von 5,7 Milliarden, die Reichspost mit 2,6 Milliarden. Insgesamt dürfte die deutsche Volkswirtschaft für die Beförderung von Menschen, Nachrichten und Gütern jährlich 11 bis 12 Mil-

liarden, also etwa den sechsten bis siebenten Teil des Volkseinkommens ausgeben. Der Minister ging dann im einzelnen auf die Finanzlage der Reichsbahn ein, die wenig befriedigend sei. Einfließlich der Personalausgaben sei sie mit 70 v. H. der Einnahmen vorbelastet. Die zahlreichen Wünsche auf Tarifierleichterungen, Lohnerhöhungen usw. könne die Reichsbahn gegenwärtig nicht erfüllen, da sowohl ihrer Tarifpolitik wie ihrer Anleihepolitik Grenzen gesetzt seien. Es gebe nur zwei Möglichkeiten, entweder müsse die Reichsbahn stärker von den politischen Verpflichtungen entlastet werden, oder es müßten ihr für Vorzugstarife in den Grenzgebieten und ähnliche Zwecke Reichsmittel überwiesen werden. Tarifierhöhungen seien für die Reichsbahn in absehbarer Zeit ausgeschlossen. Der Minister wies dann die Vorwürfe wegen der uferlosen Kanalpolitik zurück. Das Ausbauprogramm des Reiches entspreche dem Programm der Länder, das bei Übernahme der Wasserstraßen auf das Reich bereits eingeleitet gewesen sei. Abgesehen von der Umkanalisierung des Untermain hätte das Reich bisher keine Möglichkeiten, weitere Neubaupläne in Angriff zu nehmen. Luftverkehr und Luftfahrtindustrie könnten sich nur durch Zuwendungen des Reiches halten.

### Nachverhandlungen im Reichsbahnkonflikt.

Berlin, 3. Juni. Amlich wird mitgeteilt: Im Lohnstreit bei der deutschen Reichsbahn haben die beteiligten Gewerkschaften die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs vom 24. Mai 1929 beantragt. Der Reichsarbeitsminister hat die Parteien zu Verhandlungen über den Antrag auf Mittwoch, den 5. Juni, eingeladen.

### Die Agrarkrise.

Berlin, 3. Juni. Die Führer der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen haben gestern an den Reichsernährungsminister Dr. Dietrich ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Am 20. März haben wir der Reichsregierung Vorschläge für eine Ueberwindung der gegenwärtigen Agrarkrise unterbreitet. Seitdem sind über zwei Monate verfloßen, ohne daß die Reichsregierung etwas über das Ergebnis der uns in Aussicht gestellten Prüfung unserer Vorschläge hat verlauten lassen. Inzwischen hat sich die Lage außerordentlich verschärft.“ Das Schreiben schließt mit der dringenden Bitte an den Minister, durch eine entschlossene Initiative noch vor der neuen Ernte die in unmittelbarer Nähe gerückte Gefahr einer Katastrophe abzuwenden.

### Das Sofort-Programm.

Berlin, 3. Juni. Reichsarbeitsminister Wisseil wird heute mit den Vertretern der Regierungsparteien eine interfraktionelle Besprechung über das sog. Sofort-Programm in der Frage der Arbeitslosenversicherung abhalten. Dieses Sofortprogramm umfaßt vor allem die Frage einer scharfen Definition des Begriffes Arbeitslosigkeit. Ferner ist in diesem Programm die Herausnahme der sog. unständig Beschäftigten enthalten. Dabei handelt es sich nicht um die Saisonarbeiter, sondern um diejenigen Gruppen von Arbeitnehmern, die, wie z. B. Erdarbeiter und andere, als Gelegenheitsarbeiter anzusprechen sind, da sie von Zeit zu Zeit arbeitslos zu werden pflegen.

### Der Oldenburger Bombenanschlag.

Oldenburg, 3. Juni. Der Präsident des Oldenburger Landesfinanzamts teilt mit, daß bei dem Bombenanschlag Geld oder Geldwert nicht gestohlen worden sei, obwohl der oder die Täter während der ersten Minuten nach dem Anschlag zweifellos Gelegenheit gehabt hätten, einen Eingriff in das Eigentum des Finanzgebäudes zu machen. Man könne daraus schließen, daß es sich auch bei diesem Anschlag hauptsächlich um einen demonstrativen Akt gehandelt habe. Die Hauptwirkung des Sprengkörpers sei verpufft; zweifellos hätte er aber, wenn er in das Mauerwerk oder in eine Fensternische des Gebäudes prallte, eine verheerende Wirkung ausgeübt. Ueber die Täter und die Gründe des Anschlages stehe noch nichts fest.

Schleswig, 3. Juni. Der Regierungspräsident von Schleswig und der Kreis Rendsburg haben für die Ausflüchtung des Sprengstoffanschlages in Hohenwestedt Belohnungen von 3000 bzw. 1000 Mark ausgesetzt.

### Ausbreitungen in Lemberg.

Lemberg, 3. Juni. Gestern wurde eine Fronleichnamspiegelung aus dem jüdischen Gymnasium mit Steinen beworfen. Heute vormittag zogen 200 Studenten vor das jüdische Gymnasium, um dort zu demonstrieren. Diese Kundgebungen arteten jedoch bald in eine große Schlägerei zwischen polnischen und jüdischen Studierenden aus, an der sich auch Passanten beteiligten. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her. Am Abend drangen zahlreiche junge Leute, unter ihnen Studenten, in das Gebäude der jüdischen Zeitung „Chwila“ ein und versuchten, die Einrichtungsgegenstände zu zerstören. Zwei andere Gruppen versuchten mit Gewalt in das Haus der jüdischen Studenten und in das jüdische Gymnasium einzudringen. Die Polizei zerstreute die Demonstranten und nahm insgesamt 40 Verhaftungen vor.

Berlin, 4. Juni. Reichsminister a. D. Dr. Heemes hat gestern abend Berlin verlassen, um in Warschau die Besprechungen zum deutsch-polnischen Handelsvertrage wieder aufzunehmen.

Berlin, 4. Juni. Der kommunistische Parteitag, der vom 9. bis 15. Juni ursprünglich in Dresden stattfinden sollte, findet vom 9. bis 11. Juni in Berlin statt.

## „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.“

### Theorie und Wirklichkeit.

Genf, 3. Juni. In der internationalen Arbeitskonferenz kam es bei der Debatte über die Zwangsarbeit in den Kolonialländern zu einem Zwischenfall zwischen dem deutschen Arbeiterdelegierten Furtwängler vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund einerseits und dem Direktor des Internationalen Arbeitsamts sowie dem amtierenden leitenden Vizepräsidenten Duzmann andererseits. Der deutsche Delegierte sprach sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der Bericht des Internationalen Arbeitsamts unvollständig sei und eigentlich nur eine Zusammenstellung der verschiedenen Gesetze darstelle, die die Arbeit in den Kolonien regeln. Als der Redner für die furchtbaren Leiden, die die Eingeborenen in gewissen Ländern durchzumachen haben, einige schwerwiegende Tatsachen anführte, die er auf einer Reise in gewissen Kolonialländern beobachtet hatte, protestierte der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, heftig und erklärte, daß die Bemerkungen des Redners nicht zur Sache gehörten. Duzmann führte aus, es sei nicht Aufgabe der Delegationen, die einzelnen Länder und ihre Verwaltungen zu kritisieren. Trotz des Protestes des Führers der Arbeitergruppe, Mertens, beharrte Duzmann, der von dem englischen Regierungsvertreter Sir Arthur Charterjee unterstützt wurde, auf seiner Auffassung. Furtwängler erklärte hierauf, daß er unter diesen Umständen darauf verzichte, seine Rede fortzusetzen.

### Die Spionageaffäre des Stabsoffiziers.

### Prags große Sensation.

Prag, 3. Juni. An maßgebender Stelle wird betont, daß die Pressemeldungen die Angelegenheit in etwas übertriebener Weise darstellten. Im dem Fall sei die raffinierte Art, mit welcher der Spion ans Werk gegangen ist, interessant. Die Bedeutung der verratenen Dokumente darf jedoch nicht überschätzt werden. Auch die Behauptung, daß die Spionage im Auftrage Deutschlands erfolgt sei, sei nicht erwiesen. Wie bekannt, befanden sich in Berlin Spionagezentren einer Reihe von Staaten, und es werde heute nachgeforscht werden, welchen Weg das verratene Material genommen hat.

Das sozialdemokratische „Pravo Bida“ schreibt u. a.: „Der Kapitän, dessen Name im Interesse der Untersuchung nicht genannt werden darf, wies einen reichsdeutschen Pass auf den Namen Friedländer vor. Wenn Friedländer nach Dresden floh, ging er immer sogleich in die reichsdeutsche Spionagezentrale, wo er unsere Militärpläne zum Photographieren übergab, und von wo er sie unbeschädigt zurückbrachte und in den Safes des Generalstabes niederlegte. Für seine Tätigkeit wurde er mit 8000 Mark monatlich bezahlt. Der Pass ist von den reichsdeutschen Behörden so ausgestellt, als ob dieser Friedländer reichsdeutscher Staatsangehöriger wäre. Es ist sicher, daß der deutsche Generalstab heute die Mehrheit aller tschechischen Mobilisierungspläne, hauptsächlich der Flugpläne, in der Hand hat.“

Wie weiter gemeldet wird, handelt es sich um den 43-jährigen Hauptmann des Kanaleibienstes Jaroslav Falout, der bei seiner Rückkehr aus Dresden angehalten wurde, als er nach einer Aktentasche fragte, die er bei Antritt des Fluges vergessen hatte. Dieser Offizier war ursprünglich als Manipulations-Oberleutnant, sodann als Hauptmann der Regimentsstruktur des Generalstabes zugeteilt, wurde jedoch seinerzeit, da seine private Lebensweise seine Vorgesetzten zu einer gewissen Vorsicht bezog, einer untergeordneten Stelle bei der Direktion der Kanzlei des Ministeriums für Nationalverteidigung zugeteilt.

Die bisherigen Feststellungen bestätigen nicht die Vermutungen, die ein Teil der Presse gehegt hat. Es ist sicher, daß zu dem wichtigsten Akten des Generalstabes der Verhaftete keinen Zutritt hatte, und daß er sie nicht in die Hand bekam. Die Vermutungen, daß sich der Verhaftete Abdrücke der Tresorschlüssel verschafft habe, sind ebenfalls grundlos.

Wien, 3. Juni. Die aus Kammer und Senat bestehende Nationalversammlung wählte mit 259 Stimmen Konrad Heitler zum Präsidenten der Republik.

## Rücktritt der englischen Regierung.

London, 3. Juni. Das konservative Kabinett trat heute zu einer etwa einstündigen Besprechung unter dem Vorsitz Baldwin zusammen. Es beschloß zurückzutreten. Ministerpräsident Baldwin wird wahrscheinlich bereits morgen nach Windsor fahren, um dem König das Rücktrittsgesuch des Kabinetts zu überreichen.

Die konservative Partei war bisher geteilter Ansicht über die Maßnahmen, die zu ergreifen sind. Die Ansicht, daß die Regierung sofort zurücktreten soll, hatte unter Führung von Churchill ebenso viele Anhänger wie die These Sir Austen Chamberlains, der für ein Verbleiben der Konservativen in der Regierung eintrat unter der Voraussetzung einer vollkommenen Neubildung des Kabinetts. Die Verhandlungen der drei Parteiführer mit ihren engsten Mitarbeitern haben noch keine Lösung der schwierigen Regierungssache gebracht. Es ist jedoch insoweit ein Klärung der Lage eingetreten, als Lloyd George sich entschieden hat, die Konservativen nicht zu unterstützen, während Macdonald erklärt hat, daß die Arbeiterpartei bereit sei, die Regierung sofort zu übernehmen und eine Ministerliste bereits vorzulegen.

Unter den Auserwählten, denen Macdonald Ministerposten angeboten hat, befinden sich Philipp Snowden als Finanzminister, Thomas als Außenminister, Clynes als Innenminister, Lord Thomson als Luftfahrtminister.

London, 4. Juni. An der gestrigen Beratung in Downing Street nahmen alle Kabinettsmitglieder mit Ausnahme des erkrankten Lord Balfour teil. Man nimmt an, daß der König heute nach Entgegennahme des Rücktritts Baldwin den Führer der Arbeiterpartei, Macdonald, empfangen und mit der Bildung des neuen Kabinetts betrauen wird. Wie man glaubt, hat Macdonald seine Ministerliste im wesentlichen fertiggestellt.

### Chamberlain fährt nicht nach Madrid.

London, 3. Juni. Infolge des Rücktritts des Kabinetts Baldwin wird Sir Austen Chamberlain an der Madrider Tagung des Völkerbundes nicht teilnehmen. Wer an die Stelle Chamberlains treten wird, ist im Augenblick nicht mit Sicherheit zu sagen.

### Ein Dementi.

Kanking, 2. Juni. Die Meldung von der Abberufung der chinesischen Gesandtschaftsbeamten aus Moskau wird hier amtlich als unzutreffend erklärt. Der neue chinesische Gesandte reise in Kürze nach Moskau ab. Wie hinzugefügt wird, ist bei der chinesischen Regierung ein Protest gegen die polizeilichen Maßnahmen in Charkow vom 27. Mai nicht eingegangen.

München, 3. Juni. In einer Versammlung des Vereins bayerischer Lichtspieltheater-Besitzer wurde die Schließung der Theater wegen der untragbaren Zuschauerticketsteuer beschlossen. Als Termin der Schließung wurde der 14. Juli festgesetzt.

Genua, 3. Juni. König Fuad von Ägypten ist heute hier eingetroffen und von Vertretern der ägyptischen Gesandtschaften in Rom, Berlin, Brüssel und Paris begrüßt worden. Der König wird sich eine Woche lang in Genua aufhalten und sodann nach Berlin weiterreisen.

## Vertikale Angelegenheiten.

### Die sächsischen Linkssozialisten gegen die Große Koalition.

Die Landesinstanzen und die neue Landtagsfraktion der sächsischen Sozialdemokraten haben in einer gemeinsamen Sitzung die Große Koalition abgelehnt. Es wurde beschlossen, den früheren Volksbildungskommissioner Hermann Fleißner-Dresden als Ministerpräsidenten vorzuschlagen und es den anderen Parteien zu überlassen, ob sie mit für Fleißner stimmen und dadurch eine reine sozialdemokratische Minderheitsregierung ermöglichen wollen. Außerdem wurde ein Regierungsprogramm aufgestellt, das u. a. eine Abänderung der Gemeindeordnung und Republikanisierung der Verwaltung und ähnliche alte Forderungen der SPD. bringt. Die Richtlinien zum Regierungsprogramm wurden als Mindestforderungen bezeichnet.

Herr Fleißner, der durch sein religionsfeindliches Gebaren aus der Feigener-Zeit noch genügend in Erinnerung ist, ist ungefahr der ungeeignetste Mann, den die SPD. vorschiden konnte, wenn sie ernsthaft an eine Koalition gedacht hätte. Der Name Fleißner ist ein Programm der Unbildsamkeit und des Rabulismus. Seine Präsentation beweist, daß die Linkssozialisten nichts vergessen und nichts hinzulernt haben. Die Nennung dieses Namens zeigt aber, daß die SPD. rückwärtslos an ihrem Radikalismus festhalten will.

Es wird nun an der bürgerlichen Seite Regen daraus so rasch wie möglich die notwendigen Folgerungen zu ziehen und zu einer Regierungsbildung auf der alten Grundlage zu schreiten.

### Berliner Warenbörse vom 3. Juni.

Welschm.ä. neuer	203-204	Welschm.ä. . . . .	23.00-27.50
Mal . . . . .	—	Roggenmehl . . . . .	24.00-25.00
Jul . . . . .	220	Welschm.ä. . . . .	11.50
September . . . . .	230.00-232.00	Roggenmehl . . . . .	11.50-12.50
Reagen, märklicher	177-179	Meinle . . . . .	—
72 kg hl-Gewicht	—	Paps . . . . .	—
Mal . . . . .	—	Dihfortgerbten . . . . .	41.00-48.00
Jul . . . . .	193.00-194.00	Ältere Speiseerbsen . . . . .	28.00-34.00
September . . . . .	200.00-202.00	Futtererbsen . . . . .	21.00-23.00
Unvollgegernte	176-180	Deutsches . . . . .	25.00-26.50
Märk. Wismigertie	—	Scherbohnen . . . . .	22.00-24.00
Saler, märklicher	171-181	Wischen . . . . .	27.00-30.00
Mal . . . . .	—	Wippen, blaue . . . . .	17.50-18.50
Jul . . . . .	160	Rapphuchen . . . . .	18.50
September . . . . .	184.00-183.00	Veinhuchen . . . . .	21.20-21.60
Witro-Mais . . . . .	—	Trockenknobel . . . . .	12.00-12.50
		Sogo-Schrot . . . . .	18.20-19.00
		Kartoffellocken . . . . .	18.40-18.80